



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Maßnahmen im Bereich LSBTIQ
(Kap. 10 07 TG 75)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz der TG 75 (Maßnahmen im Bereich LSBTIQ) für das Jahr 2026 von 845,3 Tsd. Euro um 845,3 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

In Kap. 10 07 wird der Ansatz der TG 75 (Maßnahmen im Bereich LSBTIQ) für das Jahr 2027 von 1.025,3 Tsd. Euro um 1.025,3 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

Der Haushaltsvermerk der TG 75 entfällt.

Kap. 10 07 Tit. 686 75 entfällt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Sexualität ist eine persönliche Angelegenheit, die in den privaten Lebensbereich der Bürger gehört und keinen staatlichen Einfluss benötigt. Direkte Projekte oder Initiativen zu diesem Thema sollten daher nicht gefördert werden. Stattdessen sehen wir den Fokus in der Förderung auf allgemeiner Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen, etwa durch Informationsmaterialien oder Publikationen.

Zudem lassen sich homophobe Einstellungen häufig auf patriarchale und stark normierende Geschlechterbilder zurückführen, die in Teilen der Herkunftsgesellschaften mancher Asylsuchender kulturell oder religiös verankert sind. In diesen Weltbildern werden nicht-heteronormative Lebensweisen als Abweichung oder Bedrohung wahrgenommen. Weshalb es entscheidend ist, patriarchale Denkmuster nicht durch unkontrollierte Migration zu stärken.